presse

# CDU-Zeuge bestätigt: Regierung Albrecht war spätestens 1981 Zweifel an Gorleben bekannt

Zur heutigen Vernehmung des Zeugen Herrmann Schnipkoweit, im 1. Untersuchungsausschuss "Gorleben" erklärt die Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion Ute Vogt:

Zur heutigen Vernehmung des Zeugen Herrmann Schnipkoweit, im 1. Untersuchungsausschuss „Gorleben“ erklärt die Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion Ute Vogt:

Die heutige Zeugenvernehmung des ehemaligen Sozialministers Herrmann Schnipkoweit belegt eindeutig, dass der Regierung Ernst Albrecht (CDU) spätestens 1981 Zweifel am Salzstock Gorleben bekannt sein mussten.

Ministerpräsident Albrecht hat demnach bereits Anfang der 80er Jahre kritische Hinweise aus seinem eigenen Kabinett ignoriert. Die Ignoranz gegenüber geologischen Fakten hatte in Gorleben von Anfang an Methode.

Der zentrale Beweis der Befragung: In einem als "vertraulich" eingestuften Schreiben hat Schnipkoweit seinen Ministerpräsidenten Albrecht am 3.7.1981 darüber informiert, dass Probebohrungen in der PTB "die bereits früher geäußerten Zweifel an der Eignung des Salstocks, zumindest für die Endlagerung wärmeentwickelnder (hochradioaktiver) Abfälle" bestätigen.

Außerdem ergab die Befragung des damals zuständigen Sozialministers Schnipkoweit, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen Region das tragende Argument der Standortentscheidung Gorleben gewesen sei.

Die heutige Zeugenvernehmung belegt auch für die Arbeit es Untersuchungsausschusses: Die in den Akten dokumentierte Vermerke sind zuverlässiger, als das Erinnerungsvermögen mancher Minister. Die Tatsache, dass CDU/CSU die Realität der Aktenbelege herunterspielen, beweist deren Blockade an der Aufklärung.